

Studierende in Marburg wehren sich gegen Kürzungen im Bildungshaushalt!

Studierende in Marburg protestieren gegen Kürzungen der hessischen Landesregierung im Bildungshaushalt 2025.

Marburg, Deutschland - In Marburg kam es heute zu massiven Protesten: Rund 400 Studierende versammelten sich, um gegen die drastischen Kürzungen der Hessischen Landesregierung im Haushalt 2025 zu demonstrieren. Organisiert von einem Bündnis aus Studierenden, Gewerkschaften und politischen Gruppen, wurde deutlich, dass die geplanten Einsparungen im Bildungs- und Sozialbereich inakzeptabel sind. „Während in Marburg und bundesweit die Mieten, Semesterbeiträge und Mensapreise steigen und die Hörsäle einsturzgefährdet sind, will die Landesregierung im kommenden Haushalt kürzen“, erklärte Alexandra Eberhardt von der GEW-Studierenden. Die Teilnehmer forderten, die Kürzungen stoppt und die Hochschulen in Hessen ausreichend finanziert werden müssen, verbunden mit einem Bafög ohne Rückzahlung und bezahlbarem Wohnraum für alle.

Kritik an der Landesregierung

Die Reaktionen auf die Kürzungspläne sind nicht nur bei den Studierenden verheerend. Auch Gewerkschaften und der Beamtenbund zeigen sich alarmiert. Mathias Wagner, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN, erklärte, dass die schwarz-rote Koalition ihre Versprechen an die Landesbediensteten gebrochen hat. „Es ist nicht mal ein halbes Jahr her, da wurde die Besoldungserhöhung beschlossen. Jetzt gilt das alles nicht mehr und die Landesbeschäftigten sollen die Rechnung für die haushaltspolitischen Fehlinvestitionen der Regierung bezahlen“,

kritisierte Wagner. Er erwähnte, dass die bereits sichtbaren Kürzungen in Bildung, Soziales, Umwelt und Klima jetzt auch die Beamten betreffen, die von den Einsparungen stark betroffen sind.

Die Zustände werfen Fragen auf: Wird die hessische Regierung weiterhin den Rotstift ansetzen und die kritische Infrastruktur gefährden? Der Druck durch die Protestierenden und die scharfen Reaktionen aus den Gewerkschaften wird auf die Landesregierung wachsen, während der öffentliche Druck zunimmt. Die Studierenden und Landesbediensteten haben sich zusammengeschlossen, um für ihre Rechte zu kämpfen, was darauf hindeutet, dass diese Auseinandersetzung noch lange nicht vorbei ist.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Kürzungen im Bildungswesen
Ort	Marburg, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.gew-hessen.de• www.gruene-hessen.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at